Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für in Redaktion eingesandte Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Louis Lösche,
Katharinenstr. 14 part. und Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatts-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unr. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherm Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Post-nachnahme.

№ 339. Freitag den 5. December 1890. 84. Jahrgang.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Die **Meßbörse für die Lederindustrie** in nächster Neujahrsmesse wird

Freitag, den 2. Januar 1891,
Nachmittags von 2—4 Uhr

im Saale der „Neuen Börse" hier abgehalten werden.

Leipzig, den 19. November 1890.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Wirthgen.

Offene Stellen.

Zum 1. Januar 1891 sind beim unterzeichneten Polizeiamte die Stellen eines **Polizeiassessors** und mehrerer **Polizeilieutenants** neu zu besetzen. Bei Besetzung der Stelle des Polizeiassessors wird vorausgesetzt, daß der betreffende Bewerber die zweite juristische Staatsprüfung bestanden hat. Für die Stellen der Polizeilieutenants bildet eine vorhergegangene Beschäftigung im Polizeifach oder doch einer ähnlichen Branche, sowie die erlangte Qualification als activer oder Reserve-Officier die Voraussetzung.

Die Anfangsgehalte werden voraussichtlich für den Polizeiassessor 3000 ℳ, für die Polizeilieutenants nicht unter 2500 ℳ, nach Befinden ebenfalls 3000 ℳ betragen; doch bleibt die definitive Festsetzung der Gehalte noch vorbehalten.

Geeignete Bewerber wollen ihre Gesuche sammt Zeugnissen **so bald als möglich** bei unterzeichnetem Polizeiamte einreichen.

Leipzig, am 4. December 1890.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
D. R. 5330. Bretschneider.

Bekanntmachung.

Wir bringen hiermit zur öffentlichen Kenntniß, daß der Hilfsarbeiter des Stadtsteueramtes

Friedrich Oswald Müller

heute als städtischer Hilfsvollstreckungsbeamter eingestellt und in Pflicht genommen worden ist.

Leipzig, den 4. December 1890.

Id. 14584. **Der Rath der Stadt Leipzig.**
Dr. Georgi. Hübschmann.

Gewölbe-Vermiethung.

Das z. Z. an die Herren Wölker & Girbardt vermiethete **Gewölbe** im **alten Börsengebäude** an der Ecke des Salzgäßchens und Naschmarktes (Stockhausseite) nebst zugehörigem **Niederlagsraum ist vom 1. April 1891** an gegen **einhalbjährliche Kündigung** anderweit zu vermiethen.

Miethgesuche werden auf dem Rathhause, 1. Etage, Zimmer Nr. 8, entgegengenommen, woselbst über die Vermiethungsbedingungen und auch sonst Auskunft ertheilt wird.

Leipzig, am 2. December 1890.

Der Rath der Stadt Leipzig.
h. 7521. Dr. Georgi. Wagner.

Etwa vorhandene Geschwister des am 3. Februar cr. zu Biebrich-Mosbach verstorbenen Glasergesellen Joh. Fried. Wilh. **Ermer**, Sohnes des Joh. Gottfried Ermer von Oschatz, später zu Lindenau bei Leipzig wohnhaft gewesen, ebenso etwa vorhandene entferntere Verwandte des Ersteren väterlicherseits werden hierdurch aufgefordert, binnen eines Monats (vom ersten Erscheinen dieser Aufforderung in einem öffentlichen Blatte an gerechnet) sich unter Nachweisung des Verwandtschaftsverhältnisses dahier zu melden und sich über die Anerkennung der (etwa 866 ℳ werthen) Erbschaft für den Fall ihrer Erbberechtigung in beglaubigter Form zu erklären, widrigenfalls sie bei der Einweisung in den Besitz der Erbschaft nicht werden berücksichtigt werden.

Wiesbaden, den 27. November 1890.

Königliches Amtsgericht VIII.

Versammlung des ärztl. Bezirksvereins Leipzig-Stadt

Dienstag, den 9. December 1890, Abends 6 Uhr,
im Saale der I. Bürgerschule.
Tagesordnung:

Wahlen.
Casuisvortrag.
Bericht über die letzte außerordentliche Versammlung des Landesmedicinalcollegiums.
Sterbe- und Krankencassenangelegenheiten.

Dr. Henriet.

Das Papstthum und die Staatsform.

Eine Erklärung des Cardinals Lavigerie bei Gelegenheit eines Festmahles in Algier erregte vor einiger Zeit großes Aufsehen. Der Cardinal sagte damals: „Wenn der Wille eines Volkes klar und deutlich zu Tage getreten ist, wenn die Regierungsform nichts den Principien Feindliches enthält, unter denen die christlichen und civilisirten Völker leben, so muß man, um sein Land dem Abgrunde zu entreißen, dieser Regierungsform ohne Hintergedanken seine Zustimmung geben. Es ist der Augenblick gekommen, unserem Zwiespalt ein Ziel zu setzen, und Alles, was das Gewissen und die Ehre gestatten, dem Heile des Vaterlandes zu opfern." Darauf ließ der Cardinal die Republik leben und die Capelle die Marseillaise spielen. Das Auffallende an diesem Vorgange war weniger die rückhaltlose Anerkennung der republikanischen Staatsform als einer berechtigten durch einen Kirchenfürsten, als die Art und Weise, in welcher die Anerkennung geschah. Das Spielen der Marseillaise durch eine bischöfliche Capelle hatte etwas Befremdendes, es widersprach dem Herkommen und hatte einen revolutionairen Beigeschmack. Obwohl der Papst diplomatische Beziehungen zu Frankreich unterhält, so galt es doch als selbstverständlich, daß ihm die legitime Monarchie als die für Frankreich passendste Staatsform erschien und daß er die republikanische Regierung nur als einen Uebergangszustand ansah. Die papstfeindliche Haltung mehrerer französischer Ministerien bestärkte die öffentliche Meinung in dieser Auffassung, aber die Niederlage, welche die Vertreter des monarchischen Staatsgedankens in Frankreich durch die Episode Boulanger erlitten haben, hat darin eine Aenderung herbeigeführt. Das Papstthum hat sich jetzt offen für die Republik entschieden und ihr dadurch das Zeugniß ausgestellt, daß es den gegenwärtigen politischen Zustand Frankreichs für einen dauernden erachtet.

Die römische Curie hat in dieser Beziehung stets ein scharfes Unterscheidungsvermögen gezeigt und sich auf den Boden der Thatsachen gestellt, statt ihren Einfluß durch aussichtslose Kämpfe aufs Spiel zu setzen. Der Sprachgebrauch behandelt Thron und Altar als zusammengehörig. Wenn das richtig wäre, dann müßte der Altar aus den Ländern verschwinden, in welchen es keinen Thron giebt. Die Erfahrung lehrt aber, daß die Kirche gerade in Republiken eine hohe Machtstufe erreicht hat.

In den nordamerikanischen Freistaaten hat die katholische Kirche ebenso festen Boden wie in der Schweiz, und wenn es der Lauf der Dinge fügen sollte, daß heute in Spanien und Portugal ein Umschwung in der politischen Lage einträte, welcher in diesen Staaten die republikanische Staatsform einführte, so würde das Papstthum diese Veränderung ebenso anerkennen, wie es vor einem Jahre in Brasilien geschehen ist. Der einzige Grund, welcher das Papstthum zu größerer Zurückhaltung nöthigen kann, ist der Zweifel, ob die eingeführte Staatsform Aussicht auf Dauer hat. In Brasilien hat dieser Zweifel nicht bestanden, sonst würde die Anerkennung nicht der Umwälzung auf dem Fuße gefolgt sein, obgleich die Kirche an der Thronfolgerin Isabel eine bereitwillige Schützerin besaß, gegen welche ein Theil der Bevölkerung gerade aus diesem Grunde eine starke Abneigung hegte.

In Frankreich liegen die Verhältnisse wesentlich anders, dort hat die Waage seit einem Jahrhundert zwischen Monarchie und Republik geschwankt, und die Monarchie ging nach einiger Unterbrechung immer wieder siegreich aus dem Kampfe der beiden Staatsformen hervor, ja sogar innerhalb der Monarchie trat eine Dreitheilung in Legitimisten, Orleanisten und Bonapartisten ein, unter welchen die Legitimisten die ältesten und festesten Verbindungen mit der Kirche unterhielten. Das war eine schwierige Lage, mit welcher sich das Papstthum stets sehr geschickt abgefunden hat, indem es der herrschenden Partei immer nur so weit entgegen kam, als mit der Aufrechthaltung des bestehenden Verhältnisses zwischen der Bevölkerung und der Kirche vereinbar erschien. Aber auch auf Seiten der Vertreter der republikanischen Staatsform machte sich sehr bald die Erkenntniß geltend, daß auch eine republikanische Regierung die Kirche nicht entbehren könne, daß sie vielmehr als politischer Factor sehr stark in Betracht kam, und daß es einfach ein Unsinn sei, auf die Trennung von Kirche und Staat hinzuwirken. Sobald sich die Republik der Kirche feindlich gegenüberstellte, so erschien diese sofort als mächtiger Bundesgenosse der Monarchie auf dem Platze, und die Regierungszeit Mac Mahon's hat in dieser Beziehung sehr beachtenswerthe Winke ertheilt, die auch nur ausnahmsweise unbeachtet gelassen worden sind, wie zu der Zeit, als Paul Bert an der Spitze des Cultusministeriums stand. Die meisten republikanischen Ministerien haben sich bemüht, der Kirche denjenigen Einfluß einzuräumen, auf welchen sie unbedingten Anspruch erhob, und dabei haben sich beide Theile leidlich wohl befunden.

Der thatsächliche Zustand ist in Frankreich, daß in den Städten die Religion reine Formsache ist und daß ihr die große Mehrzahl völlig gleichgiltig gegenüber steht. Dagegen werden die Klöster von der Aristokratie als Erziehungsanstalten betrachtet und im Uebrigen kommt nur die politische Seite der Hierarchie in Betracht. Die katholische Kirche ist eine Macht, deren Bedeutung noch heute vielfach unterschätzt wird, die aber nicht geleugnet werden kann. Wir in Deutschland haben davon Beweise in Händen, denn der mit so großem Eclat in Scene gesetzte Culturkampf ist kläglich im Sande verlaufen, von allen Errungenschaften dieses Kampfes haben wir nur die Civilehe und die Schulaufsicht gerettet, die Rückberufung der Jesuiten wird bereits als nicht mehr abzuwenden angesehen, und der Kanzelparagraph ist gegenstandslos geworden.

Der Nuntius Meglia sagte einst: „Uns kann nur die Revolution helfen." Von dieser Anschauung ist das Papstthum heute zurückgekommen, denn die Kirche hat auch ohne Revolution alles erreicht, was sie nur irgend wünschen konnte, aber sie begnügt sich mit der gewonnenen Machtstufe noch nicht, sie will die Weltherrschaft in dem Sinne an sich reißen, daß sie die Herrschaft über die gesammte Menschheit durch den Einfluß erobert, welchen sie auf die Gemüther ausübt. Die gegenwärtige politische Lage ist ihr für diesen Zweck noch nicht ausreichend. Das Papstthum ist dem Dreibund aus dem Grunde abgeneigt, weil es die Entscheidung über Krieg und Frieden in der Hand haben will, der Bund der katholischen Mächte soll an die Stelle dieses Bundes treten. Welche Mächte aber verdienen diese Bezeichnung? Nach dem Wunsche des Papstes sollen Italien, Frankreich und Oesterreich-Ungarn diesen Bund bilden, nachdem das Königreich Italien aus der Reihe der Großmächte gestrichen ist. Wie das zu geschehen hat, ist noch nicht ganz klar, aber ohne Krieg geht es nicht. Damit ein solcher Krieg aber entzündet werden kann, dürfen Vorurtheile und Hinneigung des Papstthums zur monarchischen Staatsform nicht beachtet werden, das Papstthum von heute ist so aufgeklärt, daß es die leitenden Gedanken der Gegenwart sich nicht nur zu eigen macht, sondern sie auch für seine Zwecke verwendet. Ob Republik oder Monarchie, die Kirche ist überall die bestimmende Macht. *

Leipzig, 5. December.

* Wenn in neuerer Zeit die Frage aufgeworfen wird, ob die 1889 vereinbarte Krondotation ausreiche, so können die „Berliner Politischen Nachrichten" aus zuverlässiger Quelle versichern, daß der Etat des Hausministeriums in keinem der inzwischen verflossenen beiden Jahre überschritten ist, vielmehr dessen Einnahmen sich durchaus als ausreichend bewährt haben.

* Se. Majestät der Kaiser hat für den Bau der „Wissmann" die Summe von 3000 ℳ anweisen lassen.

* Zu den weiteren Berathungen der Immediat-Commission für das Militair-Strafrecht sind die Mitglieder derselben: General der Infanterie von Leszczynski, commandirender General des IX Armee-Corps, General-Lieutenant Ziegler, Commandeur der 6. Division, General-Lieutenant Freiherr von Falkenstein, General à la suite Sr. Majestät des Königs von Württemberg und Commandeur der 52. Infanterie-Brigade (2. königlich württembergische), General-Major Berg, Commandeur der 9. königlich bayerischen Infanterie-Brigade, General-Major von Raab, Commandeur der 6. königlich sächsischen Infanterie-Brigade Nr. 64, der königlich bayerische General-Auditeur der Armee Ober-Auditeur Grimm, der Geheime Kriegsrath Huth, Abtheilungs-Vorstand im königlich sächsischen Kriegsministerium, und der königlich württembergische Ober-Kriegsrath von Landbeck in Berlin eingetroffen.

* Die Fraction der Reichspartei hat nach dem Wiederzusammentritt des Reichstages an ihren langjährigen Präsidenten Herzog von Ratibor zu dessen Jubiläum das folgende Glückwunsch-Telegramm gerichtet:

An den Herzog von Ratibor!

2. December 1890.

Bei Wiederaufnahme ihrer Arbeiten ist es die vornehmste und angenehmste Pflicht der deutschen Reichspartei, Eurer Durchlaucht, ihrem hochverehrten Führer, nachträglich die tiefgefühlten, aufrichtigsten Glückwünsche zur fünfzigsten Wiederkehr des Jahrestages Euer Durchlaucht Belehnung mit der Herzogswürde darzubringen.

Der Vorstand.
Graf Behr.

Darauf ist von Sr. Durchlaucht dem Herzog telegraphisch folgende Antwort erfolgt:

Tiefgerührt sage ich der deutschen Reichspartei meinen herzlichsten Dank für freundliches Gedenken meines Jubiläums. Meine Gedanken sind bei Ihnen beim Wiederbeginn Ihrer Arbeiten mit dem Bedauern, daß ich nicht mehr unter Ihnen sein kann.

Herzog Ratibor.

* Als Gegenstück zu dem kürzlich gehaltenen Katholikentag ist jetzt ein Protestantentag in Ulm geplant. Der Gedanke geht von einem höheren dortigen Beamten aus, der auch schon als ritterschaftlicher Abgeordneter kein Hehl aus seiner Stellung gegenüber der katholischen Kirche gemacht hat. Zweck der Versammlung ist jedenfalls der, gegen die Zulassung von Männerorden, namentlich gegen die von Jesuiten zu protestiren. In der protestantischen Bevölkerung Württembergs sind die Ansichten in dieser Sache getheilt. Während es ziemlich allgemein als eine ebenso unklage wie verletzende Forderung empfunden wird, den Jesuiten die Thore zu öffnen, geht bezüglich der anderen Orden die Stimmung in manchen Kreisen dahin, durch Nachgiebigkeit die katholischen Mitbürger versöhnlicher zu stimmen, ohne daß man freilich über den Grad derselben und die Aussicht eines guten Erfolges einig wäre.

* * *

* In einem Brief des Cardinals Lavigerie an einen französischen Katholiken finden sich folgende Auslassungen:

„Die Erfahrungen der letzten Jahre haben mich überzeugt, daß, abgesehen von einem Wunder, auf das man nicht rechnen kann, nichts in Frankreich möglich ist, als die Regierungsform, welche das Land sich in gesetzlicher Weise gegeben hat. Die Monarchie hat sich thatsächlich selbst gemordet mit dem Grafen Chambord, der das Banner der christlichen Ehre so hoch hielt, der aber im Grunde nicht regieren wollte, infolge eines erhobenen Bewußtseins von den königlichen Pflichten und Verantwortlichkeiten. Ich habe Gelegenheit gehabt, ihn selbst sich über die Gründe aussprechen zu hören, die ihn auf den Thron verzichten ließen. Das erste Mal, in Marienbad, wo ich ihn in Gegenwart seiner erlauchten Gattin fragte, warum er jenen bekannten Brief geschrieben habe, erklärte die Königin mir mit folgenden Worten, die mir wohl im Gedächtniß geblieben sind: „Er hat recht daran gethan, nicht nach Frankreich zu gehen; er würde dort seine Pflichten nicht haben erfüllen können, noch all' das Gute thun, was er thun möchte." Der König machte ein Zeichen der Zustimmung und sagte einfach: „Sie hat Recht." Einige Tage später, in Karlsbad, sagte er mit lächelnd: „Ich bin nicht mehr jung, wenn Frankreich mich will, so darf es nicht zögern, mich zu holen." — „Das Frankreich des heiligen Ludwig, Sire", erwiderte ich, „wäre schon gekommen, aber das Frankreich von heute . . ." — Und ich sah ihn sich traurig entfernen. Es ist wahr, der Graf von Chambord hat einen Nachfolger, im Charakter und in den Ideen ganz verschieden von ihm, allein auch dieser wird nach allem Anschein, und soweit man die Zukunft voraussehen kann, nicht regieren. Was soll ich vom Kaiserreich sagen? Das Haupt der kaiserlichen Dynastie hat sich mehr noch als die Erben unserer Könige geweigert, an dessen Wiederherstellung zu arbeiten; es hat sich der Republik angeschlossen. Nach solchen Thatsachen, die Schlag auf Schlag einander folgten, als wären sie von der Vorsehung geschickt, und inmitten all' der Hindernisse, die sich bei uns der Wiederaufrichtung und besonders der Erhaltung eines monarchischen Staates entgegenstellen, wie kann man da noch Hoffnungen hegen? Ein alter Geschichtsprofessor der Sorbonne, wie ich, der lange Zeit über die Verkettung der menschlichen Dinge nachgedacht hat, kann Ihnen sagen, daß, abgesehen von einem Wunder, auf das man nicht rechnen kann, wie ich wiederhole, und abgesehen von äußersten Katastrophen, die das Ende Frankreichs wären, oder einer Ueberraschung, welche jene Katastrophen von selbst nach sich ziehen würde, die Wiederkehr der Monarchie unmöglich ist. Folglich ist bei uns nichts mehr lebensfähig als die Republik. Dieser Gedanke wird noch bestärkt, wenn man sich nicht bei Frankreich aufhält und die übrige Welt studirt. Man muß auf das berühmte Wort jenes großen Mannes zurückkommen, der vor einem Dreivierteljahrhundert auf Sanct Helena unter dem Himmel unseres Afrika starb und mit jenem Seherblick, der manchmal die Nähe des Todes giebt, sagte: „In 100 Jahren wird Europa entweder republikanisch oder kosakisch sein." Wellicht hätte er das letzte Wort nicht gesagt, wenn er, wie wir, die Fortschritte und die wachsende Kühnheit des Nihilismus miterlebt hätte. Weiß man die Gerüchte, die auch bis in unsere Wüste dringen, nur ein wenig zu deuten, so wird die Republik in Kurzem überall unzerstörbar sein. Man hat gesehen, daß ein derartiger Versuch, sie in Mexiko zu zerstören, einem der vornehmsten Söhne des Hauses Oesterreich, unterstützt durch alle Kräfte des Kaiserreichs, das Leben gekostet hat. Man hat sodann gesehen, wie sie sich in Brasilien eingerichtet hat, wo sie den besten und bescheidensten aller Menschen stürzte. Man sieht dieselben Aspirationen sich täglich in den anderen Ländern Europas laut geltend machen. Ich habe kürzlich Italien bereist. Auch da bereitet sich die Republik vor, theils bewußt durch geheime Verschwörungen, theilweise unbewußt durch die wachsenden Leiden und alten Erinnerungen des Volkes."

Siehe Leitartikel.

* Wie die „France" meldet, läßt General Saussier ein Verzeichniß der von Ausländern in Paris gehaltenen Restaurants und Cafés anfertigen, deren Besuch nach einem Erlaß des Kriegsministers den Officieren und Mannschaften der Armee verboten werden soll. — Der Minister des Innern, Constans, ordnete wegen der in Syrien herrschenden Cholera an, daß alle Provenienzen aus Häfen zwischen Messina und Syrisch-Tripolis nach dem Sanitätsreglement über die Cholera zu behandeln seien. — Die mit der Erbauung des Instituts für Dr. Koch in Berlin betrauten Architekten Boettger und Rathdyl besuchten heute das Institut Pasteur's und nahmen dessen Einrichtungen eingehend in Augenschein.

* Das englische Unterhaus hat nach zweitägiger Debatte die irische Boden-Ankaufsbill mit 268 gegen 130 Stimmen in zweiter Lesung angenommen. Parnell und eine Anzahl seiner Anhänger stimmten mit der Majorität. (Wiederholt.)

* Eine am Mittwoch bei dem Erzbischof Walsh in Dublin stattgehabte Versammlung der irischen Erzbischöfe und Bischöfe beschloß, ein Manifest zu erlassen, in welchem erklärt wird, daß die Erzbischöfe und Bischöfe Irlands es für ungeziemt hielten, daß Parnell der Führer der irischen Parlamentspartei bleibe. Der Ausspruch der Bischöfe stützt sich auf Gründe der Moral, sowie darauf, daß das Verbleiben Parnell's in seiner Stellung als Parteiführer eine unvermeidliche Spaltung der Partei herbeiführen werde.

* General Miles, welcher die amerikanischen Truppen in den bedrohten Gebieten befehligt, hat von dem Präsidenten Harrison uneingeschränkte Vollmachten erhalten. Auf seinen Befehl ist Buffalo Bill aufgebrochen, um Sitting Bull zu verhaften; es gelang diesem jedoch, sich der drohenden Gefahr zu entziehen. Die Geistertänze dauern fort und haben sogar an Umfang noch zugenommen. Bei Pine Ridge haben sich 2000 Indianer versammelt und geschworen, jeden Weißen, der ihre Tänze stören wolle, zu tödten. Little Wound, der auf der Agentur am Donnerstag erklärt hatte, daß seine Krieger die Tänze eingestellt hätten, betheiligt sich mit seinen Anhängern heftiger daran als je. Die Tänzer brennen die Farmen nieder und rauben das Vieh. Andererseits wird dem „Boston Herald" gemeldet, daß die Sioux der Pine Ridge Agentur keinen Krieg beabsichtigen. Ihre einzige Beschwerde sei, daß sie nicht genug Lebensmittel erhalten. Von Rosebud wird gemeldet, daß auch dort Häuser geplündert und angezündet worden sind. Auch im Indianer-Territorium wird die Lage als sehr ernst geschildert. Die dortigen Indianer haben begonnen zu tanzen und eine so drohende Haltung angenommen, daß der Regierungsagent Beistand erbeten hat.

* Die nordamerikanische Repräsentantenkammer hat die Vorlage über die literarischen Rechte mit 139 gegen 95 St. angenommen.

* Berichte aus Sanct Jago in Chile bezeichnen die politische Lage als sehr gespannt; wahrscheinlich werde entweder der Sturz des Ministeriums oder ein Staatsstreich erfolgen.

* In Folge eines von dem monarchistischen Journal „Tribuna" in Rio de Janeiro gebrachten polemischen Artikels waren am Sonnabend mehrere Menschenhaufen in die Geschäftsräume des gedachten Journals eingedrungen und hatten dort Unfug verübt. Die Regierung hatte sich mit der Erklärung begnügt, daß sie dem Gesetz Achtung verschaffen wolle. Eine am Dienstag hier abgehaltene, von zahlreichen Journalisten besuchte Versammlung erachtete diese Erklärung der Regierung für ungenügend, die Zeitungsherausgeber drohten, das Erscheinen ihrer Blätter zu suspendiren, falls gegen die Verüber des Unfugs kein gerichtliches Einschreiten erfolge.

Socialpolitisches.

* An den Reichstag ist vom Arbeitgeber-Verband Hamburg-Altona eine Petition abgesandt worden, welche Vorschläge zur Ausführung des Gesetzentwurfs, betreffend die Abänderung der Gewerbe-Ordnung, enthält.

Die Vorschläge gehen von den nämlichen arbeiterfreundlichen Gesinnungen aus, welche auch für den Gesetzentwurf leitend gewesen sind, nur wollen sie die Ausübung des Gesetzes nicht den gänzlich außerhalb der wirthschaftlichen Arbeit stehenden Polizeibehörden, sondern ausschließlich den Fabrikinspectoren anvertraut wissen. Diese sollen für schwieriges und verantwortliches Amt unter der Controle besonderer Organe verwalten, welche nach dem Urbilde der Schiedsgerichte für die Unfallversicherungs-Berufsgenossenschaften oder auch andere als zweckmäßig erscheinende Weise aus den beiden nächstinteressirten und allein sachverständigen Theilen, den Unternehmern und den Arbeitern, zu bilden wären. Namentlich auf die Theilnahme der Arbeiter ist hierbei großer Werth gelegt worden, in der sicheren Ueberzeugung, daß die Herstellung des socialen Friedens nur dann gelingen kann, wenn man die Arbeiter selbst allmälig immer mehr zur Mitwirkung an den in ihrem Interesse ergriffenen Maßnahmen heranzieht. Auf diesem Wege wird ohne Zweifel ein Punct kommen, bei dem der verständige und vaterlandsliebende Theil unseres Arbeiterstandes zur Klarheit darüber gelangt, was für ihn erreichbar ist, was nicht. Es ist eine außerordentlich wichtige Aufgabe der Gesetzgebung, diese wohlthätige Entwickelung nach Möglichkeit zu fördern, und die Gewerbe-Gesetz-Novelle bietet hierfür eine aufsuchbare, nicht so leicht wiederkehrende Gelegenheit.

Socialdemokratisches.

* Die Gesammthätigkeit der socialdemokratischen Partei ist, wie aus Berlin mitgetheilt wird, augenblicklich hauptsächlich in der Arbeit zu suchen, die vom Vorstande der Partei geleistet wird. Für die größere Oeffentlichkeit ist diese Arbeit nur in den unmittelbaren Aeußerungen zu erkennen, die im officiellen Organ der Partei hin und wieder zur Kenntniß der Parteigenossen gebracht werden. Im Stillen jedoch arbeitet der Vorstand unermüdlich an dem weiteren Ausbau der Organisation der Partei, die sich namentlich in einem fest über ganz Deutschland verbreiteten System der Geldintreibung von den Parteigenossen darstellt. Die Partei hat in Berlin ein eigenes Verlagsgeschäft etablirt, in welchem die bisher verbotene Parteiliteratur vertrieben wird, und in welchem die neu herauszugebenden Werke erscheinen sollen. Zunächst wird eine Neuausgabe der Gesammtschriften von Lassalle veranstaltet werden, ebenso erscheint das Protokoll des Hallischen Parteitages in den nächsten Tagen in diesem Verlage. Für letztere Schrift soll bereits eine Auflage von über 30,000 Exemplaren sichergestellt sein, so daß die Partei aus dem Vertriebe dieses Buches einen nicht unbedeutenden finanziellen Vortheil ziehen wird.

Die vermehrten pecuniären Hilfsmittel werden in allerkürzester Zeit zur Agitation auf dem Lande verwendet werden. Die Socialdemokratie verspricht sich von der mündlichen Agitation bei der bäuerlichen Bevölkerung große Erfolge, während sie dem Vertriebe litterarischer Erzeugnisse auf dem platten Lande sehr skeptisch gegenübersteht. Die officielle Vertretung der Partei hat es bisher auch abgelehnt, den vielfach an sie herangetretenen Wünschen zur Veröffentlichung geeignet erscheinender Flugschriften für die bäuerliche Bevölkerung stattzugeben: aus dem leicht erklärlichen Grunde, weil sich in den Reihen der socialistischen Schriftsteller Niemand findet, der genügende Kenntnisse von der Lage und den Bedürfnissen der Landbevölkerung besitzt. Auch Neugründungen von Preßunternehmungen werden von der Parteileitung keineswegs begünstigt. Auf dem Parteitage in Halle wurde zwar mit ziemlicher Emphase die Begründung eines polnisch-socialistischen Organes angekündigt; jetzt jedoch, nachdem eine erklärliche Ernüchterung in den leitenden Kreisen Platz gegriffen hat, ist der Plan nicht nur fallen gelassen, sondern die Anfänge einer Bewegung, die sich zu Gunsten eines polnischen Organes unter der polnischen Bevölkerung bemerkbar machen, werden geflissentlich ignorirt und erstickt. In Elsaß dagegen ist es gelungen, trotz der Antipathie des Vorstandes ein socialistisches Blättchen zu gründen. In der Reichstagssession werden die alten „Führer" zu Gunsten der Jüngeren zurücktreten, um diesen Gelegenheit zu geben zu beweisen, daß sie nunmehr für die parlamentarischen Kämpfe genügend geschult und ausgebildet sind.

SLUB
Wir führen Wissen.